



**Rede zur Verabschiedung des städtischen Haushaltes 2023
in der Ratssitzung am 27.03.2027
Paul Yves Ramette, Fraktionsvorsitzender**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir verabschieden heute einen in vielerlei Hinsicht besonderen Haushaltsplan. Die Corona-Pandemie, der Ukraine-Krieg, die Energie- und Wirtschaftskrise, das alles sind große Herausforderungen, mit denen sich Wuppertal und die Bürger*innen in der jüngeren Vergangenheit konfrontiert sehen, die Herausforderungen sind enorm. Doch gilt es insbesondere in Zeiten der Krise, zusammenzuhalten, nach vorne zu schauen und gewissenhaft in die Weiterentwicklung der Stadt und damit in die Zukunft der Stadtgesellschaft zu investieren. Oberbürgermeister Schneidewind vertritt den Konsensgedanken zwischen Verwaltung und den Fraktionen sehr und das macht sich auch im Haushalt für das Jahr 23 positiv bemerkbar. Und auch die Zusammenarbeit zwischen dem GRÜNEN Oberbürgermeister und dem roten Interimskämmerer Dr. Stefan Kühn funktioniert gut und vertrauensvoll, (WR v. 5.11.22: Zitat Stefan Kühn: Es gibt bei Uwe Schneidewind und mir auch eine breite inhaltliche Basis) das hat sichtbare Auswirkungen auf den vorliegenden Haushaltsentwurf und deshalb werden wir, die GRÜNE Ratsfraktion, ihm auch heute zustimmen.

Lieber Stefan Kühn, Du hast die Fraktionen auch im Vorfeld und während der Erarbeitung des Haushaltes immer wieder mit ins Boot genommen, Chancen und Risiken geflissentlich abgewogen und den Fraktionen offen präsentiert. Es gab in diesem Prozess Zeiten, in denen ich dachte: Wofür benötigen wir eigentlich einen neuen Kämmerer? Für die Art der Zusammenarbeit bedanke ich mich im Namen der GRÜNEN Ratsfraktion ganz herzlich.

Im Einzelnen nenne ich für den vorliegenden Haushaltsentwurf folgende positive Punkte: Wir haben eine deutlich schnellere Haushaltsberatung als im letzten Jahr, seinerzeit noch unter dem langjährigen Kämmerer

Dr. Slawig, und können in diesem Jahr relativ früh den Haushalt beschließen. Dies alles ohne Maßnahmen wie die zehnmonatige Haushaltssperre des Jahres 2022 und eben nicht erst fast am Ende des Haushaltsjahres, wie in 2022.

Der Haushalt enthält über 130 neue Vollzeitstellen. Nach dem jahrelangen Raubbau an städtischem Personal gibt es jetzt eine Kehrtwende, dies ist sowohl zur Aufrechterhaltung und dem Ausbau der Services für Bürger*innen als auch für das engagierte Angehen der Zukunftsaufgaben dringend nötig und beweist Mut zur Gestaltung. Und entlastet im erheblichen Maße das verbliebene Personal der Verwaltung. Im Bereich des Wohngeldes hat es deutliche gesetzliche Verbesserungen gegeben, diese lösen, wie auch im Betreuungsrecht, einen hohen Arbeitsmehraufwand aus, durch den Einsatz von mehr Personal kann und muss hier geholfen werden. Die Verwaltung darf nicht länger überlastet werden. Die GRÜNE Ratsfraktion befürwortet auch, dass der städtische Haushalt in dieser ohnehin schon für Bürger*innen und Wirtschaft schwierigen Zeit sowohl bei der Gewerbesteuer als auch bei der Grundsteuer B für private Haushalte Stabilität zeigt und es zu keinen Erhöhungen kommt.

Im diesjährigen Haushalt sind klare Schwerpunkte für Klima und Nachhaltigkeit gesetzt, die Klimaschutzziele werden weiter vorangetrieben und mit der notwendigen Finanzierung unterfüttert.

Um den Oberbürgermeister Uwe Schneidewind zu zitieren: „Die Klimaneutralität 2035 ist kein 'nice to have', sondern eine unverzichtbare Notwendigkeit, wenn wir unsere und die Lebensbedingungen zukünftiger Generationen erhalten wollen.“

Bereits heute arbeiten im Geschäftsbereich von Arno Minas fünf Klimaschutzmanagerinnen und -manager, die sich projektgebunden um die Umsetzung der über 100 im Klimaschutzkonzept vorgesehenen Maßnahmen kümmern.

- Deshalb werden für die Aufgabenbereiche Nachhaltigkeit und Klimaschutz zwei weitere Stellen eingerichtet, um die entsprechenden Projekte systematischer unterstützen zu können.
- Für den Klimaschutz sind 500.000 Euro vorgesehen, das ist sehr erfreulich und ist angesichts des kürzlich erschienenen IPCC-Berichtes 2023 dringend notwendig, aber bei weitem noch nicht ausreichend.
- Das Fokusprogramm Wärme wird mit einmalig 430.000 Euro finanziert.
- Auch der neue Risikofonds in Höhe von 10 Mio. Euro für geflüchtete Menschen aus der Ukraine ist positiv zu erwähnen, hierüber können aktuell noch nicht absehbare Kosten abgewickelt werden.

- Für die Mobilitätswende, konkret: Rad- und Fußverkehr, stehen 1,4 Mio. Euro im Haushaltsentwurf, auch hierfür danken wir Uwe Schneidewind und Stefan Kühn ausdrücklich.
- Die Freie Kulturszene erhält jährlich eine Erhöhung des Zuschusses von 100.000 Euro.

Stärkungspakt gegen Armut: Wuppertal erhält 4,44 Millionen Euro

Das Land stellt mit dem „Stärkungspakt NRW“ den Städten und Kreisen finanzielle Unterstützung in Höhe von insgesamt 150 Millionen Euro zur Verfügung. Die Mittel sollen Menschen in sozialen Notlagen unterstützen – und die Einrichtungen und Institutionen, die sich in sozialer Arbeit engagieren. Damit sollen die Folgen der Corona-Pandemie und des Krieges gegen die Ukraine gemildert werden. Durch die zusätzliche finanzielle Förderung durch das Land von 4,44 Millionen sollen zum einen Beratungsstellen und Einrichtungen der sozialen Infrastruktur ihre wertvolle und notwendige Arbeit weiterleisten und sogar ausbauen können; zum anderen soll durch Einzelfallhilfen oder Verfügungsfonds Menschen in existenzieller Notsituation geholfen werden.

Altschuldenfonds zwingend notwendig

Wir sind einer Meinung mit Oberbürgermeister Schneidewind und dem Interimskämmerer Stefan Kühn: Die strukturellen Probleme von Städten wie Wuppertal bestehen unverändert fort, wir drängen nach wie vor auf einen Altschuldenfonds für die Kommunen. Die Zinsen sind schon zum dritten Mal erhöht worden, und jedes Prozent schlägt sich negativ mit 9 Mio. Euro in unserem Haushalt nieder. Die Situation vieler Kommunen verschärft sich, die Handlungsfähigkeit aufrecht zu erhalten, muss vorrangig sein. Wichtig ist, dass die Beratungen auf Landesebene zwischen schwarz-grün zur Lösung der Altschulden von Kommunen in diesem Jahr eine gute Lösung finden. Unsere GRÜNE Landtagsfraktion hat dazu kürzlich ein Positionspapier vorgelegt, das ich allen nur ans Herz legen kann. Zudem ist eine vollständige Übernahme der Kosten der Flüchtlingsunterbringung durch Land und Bund dringend erforderlich. Internationale Katastrophen können letztlich nicht durch Kommunen und Kreise gelöst werden, sondern müssen einheitlich durch Bund und Länder finanziert und ausgeglichen werden.

Liebe SPD-, CDU- und FDP-Fraktion, ein paar Worte zu Eurem gemeinsamen Antrag. Wir freuen uns als GRÜNE Ratsfraktion, dass dort einige Gedanken von uns mit eingeflossen sind und sich

auch in diesem Ergänzungsantrag wiederfinden. Da sind gute Sachen drin, wie zum Beispiel die kostenlosen Periodenprodukte in Wuppertaler Schulen, Gebärdendolmetscher*innen für Gremien, Sprachmittler*innen in der frühen Gesundheitsversorgung, Umsetzung des Projekts Nachtbürgermeister*in mit einjähriger Testphase. Es sind gute Sachen dabei, deswegen einfach nur mal von hier der Aufruf, stellen Sie doch einen solchen Antrag gerne mal auch auf breitere Basis, kontaktieren Sie auch andere demokratische Fraktionen frühzeitig. Da sind wir gerne bereit, mit zu arbeiten.

- Auch wenn im Entwurf des Haushalts schon sichtbare Verbesserungen im Sinne des Klimaschutzes erkennbar sind, halten wir einen starken Klimafonds um 500.000 Euro für notwendig. Das Förderprogramm "Energieeffizientes Zuhause", das mit Landesmitteln von 432.000€ gespeist ist, muss dringend mit mehr Mitteln unterfüttert werden. Es richtet sich an lokale Handwerker*innen und hat ein stärkeres Engagement der Bürger*innen vor Ort beim Klimaschutz zum Ziel.
- Dass im sozialen Bereich nur ein Zuschuss von 2 Prozent im Haushaltsentwurf angesetzt ist und für die sozialen Träger nur ein Zuschuss von 1 Prozent jährlich vorgesehen ist, können wir angesichts der Inflationsrate im Februar von 8,77 Prozent nicht akzeptieren, hier muss ein Anstieg auf mindestens 5 Prozent erfolgen, um die Last soweit es uns möglich ist zu verringern und die Arbeit der Arbeitsgemeinschaft der Freien Träger nicht zu behindern bzw. so einzuschränken, dass sie sich gezwungen sehen, einige Angebote einzustellen, weil sie nicht mehr finanziert werden können.
- Auch wenn mehr Mittel im Entwurf stehen: Für die Mobilitätswende brauchen wir eine personelle Verstärkung in der Stadtverwaltung für Nahmobilität, Wir brauchen den Ausbau- von Anwohner- und Quartiersparken sowie mehr Unterstützung für den Rad- und Fußverkehr, mehr Radboxen, einen besseren und schnelleren Busverkehr.
- Zur Entlastung der Lehrerinnen und Lehrer beantragen wir fünf Personalstellen, die sich um Digitalisierung an den Schulen kümmern. Mittlerweile haben wir 50.000 digitale Endgeräte an den Schulen, die Betreuung dieser Hardware kann nicht zusätzlich von den Lehrer*innen wahrgenommen werden, sie müssen dringend entlastet werden.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir hoffen auf Unterstützung der anderen demokratischen Fraktionen für unsere Vorschläge. Ich bedanke mich für Ihre Zeit.